

## Europa Anders

Mag. Martin Ehrenhauser



**Frage 1:** Gegenwärtig verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mitgliedsländer über ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership). Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das Europäische Parlament sowie die Zivilgesellschaft sind von den Verhandlungen ausgeschlossen. Werden Sie sich, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden, für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Prozess einsetzen?

Ich werde im Parlament alle Initiativen unterstützen, die sich für ein fraktionsübergreifendes „NEIN zu TTIP“ einsetzen und Dokumente, die ich zu dem Thema erhalte mit der Zivilgesellschaft teilen. Der gesamte TTIP-Entstehungsprozess ist absolut undemokratisch, intransparent und geleakte Dokumente lassen massive negative wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen erwarten. Wir treten daher für ein Ende der Verhandlungen ein.

**Frage 2:** Aus dem geleakten Mandat für dieses Abkommen geht hervor, dass es rechtlich verbindliche Möglichkeiten für Konzerne geben soll, Staaten auf indirekte Enteignung zu klagen (ISDS - Investment Dispute Settlement). Auch im Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA), welches bereits fast fertig verhandelt ist, ist diese Möglichkeit vorgesehen.

Das ISDS-Konzept untergräbt die Souveränität der europäischen Rechtsstaaten. Schon ohne TTIP steigt die Zahl der Klagen von Unternehmen gegen Staaten in den letzten Jahren rapide an. Auf der Klagsliste stehen Umweltstandards, Verbraucherschutzgesetze und Sozialstandards. Diese Entwicklung muss auf alle Fälle gestoppt werden. Kein Mindeststandard in Europa darf den Interessen privater Konzerne ausgeliefert werden.

**Frage 3:** Das Mandat sieht auch vor, dass Institutionen und Prozesse etabliert werden sollen, die eine laufende Harmonisierung und Kooperation zwischen der EU und den USA im Hinblick auf Gesetze, Standards und Regeln ermöglichen ("Regulatorische Kooperation"). Bei zukünftigen Gesetzen sollen - noch bevor diese dem Europäischen Parlament zur Diskussion vorgelegt werden - betroffene AkteurInnen vorab informiert und eingebunden werden. Bei diesen „betroffenen AkteurInnen“ handelt es sich in erster Linie um KonzernvertreterInnen. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?

Der Rahmen dafür passt nicht. Natürlich ist eine regulatorische Harmonisierung in vielen Bereichen wünschenswert. Eine Einbindung von KonzernvertreterInnen und kaum VertreterInnen der Zivilgesellschaft vor dem Europäischen Parlament zieht die Idee eines offenen Partizipationsprozesses allerdings in Absurde.

**Frage 4:** Die EU und die USA haben im Hinblick auf die Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten oder chemischen Substanzen unterschiedliche Herangehensweisen. In der EU wird das Vorsorgeprinzip angewendet, das heißt: Nur wenn es gesicherte Informationen gibt, dass Substanzen oder Produkte keine schädlichen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt haben, werden sie zugelassen. In den USA werden Substanzen und Produkte erst verboten, wenn ein Risiko bewiesen werden kann. Das Vorsorgeprinzip wird gegenwärtig zunehmend als unwissenschaftlich bezeichnet und dessen Abschaffung gefordert. Wie stehen Sie dazu?

**Nein**, ich bin für die Erhaltung des Vorsorgeprinzips, weil Verbrauchersicherheit vor Profitinteressen steht!

**Frage 5:** Bei den TTIP-Verhandlungen geht es um die Neuverhandlung von Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, Wettbewerbspolitik und geistiges Eigentum. Wie würden Sie Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber vertreten, dass für sie das neue Regelwerk der Weltwirtschaft gültig sein wird, obwohl sie nicht an dessen Formulierung und Verhandlung beteiligt waren?

Gar nicht. Gerade die am wenigsten entwickelten Länder erwarten laut einer neuen OFSE-Studie potentielle Verluste von bis zu 3% ihres BIP.

**Frage 6:** Vor dem Hintergrund dieser Fragen bzw. dieser Aspekte, wie sie in TTIP verhandelt werden: Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und TTIP zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Ich werde das Abkommen natürlich **ablehnen**.

**Frage 7:** Eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen hat ein "Alternatives Handelsmandat" für die EU-Außenhandelspolitik erarbeitet. (<http://www.alternativetrademandate.org/>). Unterstützen Sie dieses Alternative Handelsmandat und werden Sie sich für eine gänzliche Umorientierung der EU-Außenhandelspolitik auf der Basis dieses Vorschlags einsetzen, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden?

Ich unterstütze die Initiative und unterstütze das Alternative Handelsmandat in allen neun Punkten.

**Frage 8:** Wie stehen Sie zu dem weitgehend ausverhandelten Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada, das in vielen Punkten deckungsgleich mit TTIP ist? Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und CETA zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Ich werde das Abkommen **ablehnen**, weil wir diese Form der Freihandelsabkommen generell ablehnen.

**Mag.<sup>a</sup> Waltraud Fritz**

**Frage 1:** Gegenwärtig verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mitgliedsländer über ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership). Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das Europäische Parlament sowie die Zivilgesellschaft sind von den Verhandlungen ausgeschlossen. Werden Sie sich, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden, für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Prozess einsetzen?

Ja. Transparenz bei den Verhandlungen, ausgewogene Verhandlungsteams unter Einbezug der Zivilgesellschaft, des EP und der nationalen Parlamente. Nun ist vor allem Information der europäischen BürgerInnen gefragt, Abgeordnete im EU Parlament, die gegen das TIPP Stellung nehmen und auch dagegen abstimmen werden und sich nicht mit allgemeinen Lippenbekenntnissen begnügen.

**Frage 2:** Aus dem geleakten Mandat für dieses Abkommen geht hervor, dass es rechtlich verbindliche Möglichkeiten für Konzerne geben soll, Staaten auf indirekte Enteignung zu klagen (ISDS - Investment Dispute Settlement). Auch im Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA), welches bereits fast fertig verhandelt ist, ist diese Möglichkeit vorgesehen.

**Nein**, Konzerne sollen Staaten nicht klagen können, Parlamente (GesetzgeberInnen) haben das Recht, Gesetze vorzuschlagen und zu beschließen solange sie konform mit den jeweiligen nationalen und europäischen Verfassungen sind. Auch Konzerne müssen bestehendes Recht akzeptieren, im Gegenteil: solche Vorstöße – wie z.B. vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall gegen die deutsche Regierung....müssen entschieden zurückgewiesen werden.

**Frage 3:** Das Mandat sieht auch vor, dass Institutionen und Prozesse etabliert werden sollen, die eine laufende Harmonisierung und Kooperation zwischen der EU und den USA im Hinblick auf Gesetze, Standards und Regeln ermöglichen ("Regulatorische Kooperation"). Bei zukünftigen Gesetzen sollen – noch bevor diese dem Europäischen Parlament zur Diskussion vorgelegt werden - betroffene AkteurInnen vorab informiert und eingebunden werden. Bei diesen „betroffenen AkteurInnen“ handelt es sich in erster Linie um KonzernvertreterInnen. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?

**Nein**, ich finde diesen Ansatz nicht gut, weil nicht klar ist bzw. sein kann, wer festlegt, wer zu den „betroffenen AkteurInnen“ gezählt werden soll. Frühest mögliche Information der Öffentlichkeit sowie deren Beteiligung und Miteinbeziehung in Entscheidungsfindungsprozesse können wohl über demokratisch legitimierte Strukturen wie z.B das Europäische Parlament am besten abgesichert werden.

**Frage 4:** Die EU und die USA haben im Hinblick auf die Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten oder chemischen Substanzen unterschiedliche Herangehensweisen. In der EU wird das Vorsorgeprinzip angewendet, das heißt: Nur wenn es gesicherte Informationen gibt, dass Substanzen oder Produkte keine schädlichen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt haben, werden sie zugelassen. In den USA werden Substanzen und Produkte erst verboten, wenn ein Risiko bewiesen werden kann. Das Vorsorgeprinzip wird gegenwärtig zunehmend als unwissenschaftlich bezeichnet und dessen Abschaffung gefordert. Wie stehen Sie dazu?

**Nein**, ich bin für die Erhaltung des Vorsorgeprinzips, der USA steht es in jedem Fall frei – ganz unabhängig vom TTIP - auf das europäische Modell umzusteigen. Lebensmittelsicherheit kommt vor Profitinteressen!

**Frage 5:** Bei den TTIP-Verhandlungen geht es um die Neuverhandlung von Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, Wettbewerbspolitik und geistiges Eigentum. Wie würden Sie Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber vertreten, dass für sie das neue Regelwerk der Weltwirtschaft gültig sein wird, obwohl sie nicht an dessen Formulierung und Verhandlung beteiligt waren?

Länder bzw. Regionen, die gar nicht an Verhandlungen teilnehmen konnten oder wollten, können keinesfalls von einem solchen Regelwerk betroffen werden.

**Frage 6:** Vor dem Hintergrund dieser Fragen bzw. dieser Aspekte, wie sie in TTIP verhandelt werden: Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und TTIP zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Ich werde das Abkommen **ablehnen**, weil es ohne demokratische Beteiligung ausgehandelt wird und weil nichts von dem, was bisher aus diesen Geheimverhandlungen durchgesickert ist, den Schluss zulässt, dass die Bedürfnisse und Anliegen der übergroßen Mehrheit der europäischen BürgerInnen berücksichtigt sein wird.

**Frage 7:** Eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen hat ein "Alternatives Handelsmandat" für die EU-Außenhandelspolitik erarbeitet. (<http://www.alternativetrademandate.org/>). Unterstützen Sie dieses Alternative Handelsmandat und werden Sie sich für eine gänzliche Umorientierung der EU-Außenhandelspolitik auf der Basis dieses Vorschlags einsetzen, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden?

Ja.

**Frage 8:** Wie stehen Sie zu dem weitgehend ausverhandelten Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada, das in vielen Punkten deckungsgleich mit TTIP ist? Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und CETA zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Ich werde das Abkommen **ablehnen**, da es, wie schon in der Frage angesprochen, ebenso wie das TTIP die Interessen von Konzernen und Finanzkapital vor allen anderen Interessen unterordnet und ebensowenig wie das bei TTIP zu befürchten ist, in demokratischen Diskussions-, Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen zustande gekommen ist.

**Dipl.-Ing. Lukas Daniel Klausner**

**Frage 1:** Gegenwärtig verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mitgliedsländer über ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership). Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das Europäische Parlament sowie die Zivilgesellschaft sind von den Verhandlungen ausgeschlossen. Werden Sie sich, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden, für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Prozess einsetzen?

Ja. Zur Frage, was ich konkret tun werde und wie meiner Ansicht nach ein demokratischer Verhandlungsprozess aussieht, darf ich auf die Position der Piratenpartei zu Handelsabkommen verweisen: [https://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm#Internationale\\_Handelsabkommen](https://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm#Internationale_Handelsabkommen)

**Frage 2:** Aus dem geleakten Mandat für dieses Abkommen geht hervor, dass es rechtlich verbindliche Möglichkeiten für Konzerne geben soll, Staaten auf indirekte Enteignung zu klagen (ISDS - Investment Dispute Settlement). Auch im Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA), welches bereits fast fertig verhandelt ist, ist diese Möglichkeit vorgesehen.

Nein, Konzerne sollen Staaten nicht klagen können, weil dies grundlegenden Rechtsnormen widerspricht und eine Einschränkung der demokratischen Grundprinzipien darstellt. Staaten wären dann nicht mehr frei in der Entscheidung über ihre eigene Politik.

**Frage 3:** Das Mandat sieht auch vor, dass Institutionen und Prozesse etabliert werden sollen, die eine laufende Harmonisierung und Kooperation zwischen der EU und den USA im Hinblick auf Gesetze, Standards und Regeln ermöglichen ("Regulatorische Kooperation"). Bei zukünftigen Gesetzen sollen – noch bevor diese dem Europäischen Parlament zur Diskussion vorgelegt werden – betroffene AkteurInnen vorab informiert und eingebunden werden. Bei diesen „betroffenen AkteurInnen“ handelt es sich in erster Linie um KonzernvertreterInnen. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?

Nein, ich finde diesen Ansatz nicht gut, weil in diesem Vorschlag die Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen der BürgerInnen nicht berücksichtigt sind. Wären sie es, könnte man über eine derartige Modalität nachdenken, aber als reine Konzerninteressenbevorzugung keinesfalls.

**Frage 4:** Die EU und die USA haben im Hinblick auf die Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten oder chemischen Substanzen unterschiedliche Herangehensweisen. In der EU wird das Vorsorgeprinzip angewendet, das heißt: Nur wenn es gesicherte Informationen gibt, dass Substanzen oder Produkte keine schädlichen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt haben, werden sie zugelassen. In den USA werden Substanzen und Produkte erst verboten, wenn ein Risiko bewiesen werden kann. Das Vorsorgeprinzip wird gegenwärtig zunehmend als unwissenschaftlich bezeichnet und dessen Abschaffung gefordert. Wie stehen Sie dazu?

Nein, ich bin für die Erhaltung des Vorsorgeprinzips, weil ich als Pirat und Wissenschaftler weiß, was „Technikfolgenabschätzung“ bedeutet.

**Frage 5:** Bei den TTIP-Verhandlungen geht es um die Neuverhandlung von Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, Wettbewerbspolitik und geistiges Eigentum. Wie würden Sie Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber vertreten, dass für sie das neue Regelwerk der Weltwirtschaft gültig sein wird, obwohl sie nicht an dessen Formulierung und Verhandlung beteiligt waren?

Gar nicht. Weltweite Handelsabkommen haben in weltweiten Gremien unter Einbeziehung aller Ländergruppen verhandelt zu werden.

**Frage 6:** Vor dem Hintergrund dieser Fragen bzw. dieser Aspekte, wie sie in TTIP verhandelt werden: Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und TTIP zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Ich werde das Abkommen ablehnen, weil es in der derzeitigen Form vollkommen untragbar ist. Zu Details siehe

[https://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm#Internationale\\_Handelsabkommen](https://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm#Internationale_Handelsabkommen).

**Frage 7:** Eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen hat ein "Alternatives Handelsmandat" für die EU-Außenhandelspolitik erarbeitet. (<http://www.alternativetrademandate.org/>). Unterstützen Sie dieses Alternative Handelsmandat und werden Sie sich für eine gänzliche Umorientierung der EU-Außenhandelspolitik auf der Basis dieses Vorschlags einsetzen, sofern Sie Abgeordnete/r des Europäischen Parlaments werden?

Ja, und zwar folgendermaßen: Wiederum, siehe

[https://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm#Internationale\\_Handelsabkommen](https://wiki.piratenpartei.at/wiki/Parteiprogramm#Internationale_Handelsabkommen).

**Frage 8:** Wie stehen Sie zu dem weitgehend ausverhandelten Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada, das in vielen Punkten deckungsgleich mit TTIP ist? Werden Sie - falls Sie ins Europäische Parlament gewählt werden und CETA zur Abstimmung kommt - diesem Abkommen zustimmen oder es ablehnen?

Ich werde das Abkommen ablehnen, weil darauf größtenteils dieselben Kritikpunkte zutreffen wie auf TTIP - und darüber hinaus über die Hintertür versucht wird, das die Inhalte des (glücklicherweise und mit viel Einsatz seitens der Zivilgesellschaft, der europäischen Piratenbewegung und anderer politischer Parteien) abgelehnten Urheberrechtsabkommens ACTA zu beschließen.

TTIP Stoppen ist eine Initiative von:

